



Die EU-Kommission und das Programm für 2007

Europa stärken und besser kommunizieren

„Europa benötigt ein starkes und selbstbewusstes Auftreten in der Welt.“ Das, so stellt die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2007 fest, ist die Voraussetzung, um die von den Mitgliedstaaten gesetzten Ziele überhaupt erreichen zu können. Stichworte sind die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, ein globaler Umweltschutz oder auch eine stabile Energieversorgung. Die jüngste To-Do-Liste zeigt: Ohne politische Abstimmung mit der „Außenwelt“ kommt Europa nur noch zäh voran.

Die Europäische Union befindet sich auf der Suche nach einer „neuen Rolle auf internationaler Ebene“. Diese sei noch nicht gefunden worden, heißt es in der Einleitung zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das nächste Jahr. Business as usual kann es nicht mehr geben. Die Gemeinschaft ist in nur drei Jahren um zwölf Staaten gewachsen (Rumänien und Bulgarien einbezogen). Einflüsse der Globalisierung fordern Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme heraus. Kurz: Die alte Angewohnheit der EU, sich auf innere Angelegenheiten zu konzentrieren, passt nicht mehr. Die Union muss auf die Weltbühne.

Weitere Lücken im Binnenmarkt schließen

Durch ihr ökonomisches Gewicht hat sie dort zwar eine Hauptrolle zu spielen. Aber am Drehbuch schreiben mitunter andere, wie sich bei der Energiepolitik zeigt: „Nach einer langen Phase relativer Stabilität kann eine sichere und bezahlbare Energieversorgung nicht länger als selbstverständlich angesehen werden“, warnt die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm. Die Mitgliedstaaten seien zunehmend abhängig von Energieimporten und -preisen, die sie nur wenig mitgestalten können. Sich hiervon zu entlasten, sei nur möglich, wenn alle Akteure auf EU-Ebene an einem Strang zögen. Das müsse extern sichtbar werden, aber ebenso intern, beispielsweise in der Umsetzung von Energiesparprogrammen.

Am Binnenmarkt wird weiter gearbeitet. Dabei will die EU-Kommission einige heiße Eisen anfassen: Dazu

gehören in der Energiepolitik eine Fortschreibung des Binnenmarktes für Strom und Gas sowie eine Revision des Emissionshandels. Auch für den Markt der Rüstungsindustrie kündigt sie eine Überprüfung der Wettbewerbssituation an, um herauszufinden, „wie die europäische Dimension dazu beitragen kann, eine Marktzersplitterung zu verhindern.“ Und das geplante „Weißbuch zur Gesundheitsstrategie“ dürfte vor allem in Deutschland mit Spannung erwartet werden.

Die EU-Kommission verspricht im Arbeitsprogramm, ihre Politik besser zu vermitteln. Der 50. Jahrestag der Verträge von Rom sowie die deutsche Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr geben Gelegenheit genug, Europa den Bürgern verständlich zu erklären.

→ http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2007_de.pdf

INHALT

KURZ UND KNAPP

Terrorabwehr • Afghanistanhilfe • Internet-Zensur • Kyoto-Protokoll • Neue EU-Website
Simulation Europäisches Parlament 2-3

THEMA DER WOCHE

Die demografische Zeitbombe entschärfen
Mit Interview Vladimír Špidla, EU-Kommissar für
Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit 4

HINTERGRUND

Berlin statt Brüssel
Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 6

SERVICE

Ausschreibungen • Mythen und Fakten
Journalistenseminar 7

TERMINVORSCHAU

8

Neun Millionen Euro für Terrorabwehr

Die Europäische Kommission hat beschlossen, für ein Pilotprojekt zur Terrorismusbekämpfung insgesamt neun Millionen Euro bereitzustellen. Mit der Hälfte des Geldes wird das „Europäische Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen“ (EPSKI) finanziert. Etwa 750.000 Euro werden dafür eingesetzt, im Vorfeld Gewaltbereitschaft und radikale Tendenzen zu erkennen und abzuwehren. Weitere Finanzierungsschwerpunkte sind der Kampf gegen illegale Geldströme, der Schutz vor Bioterror, die öffentliche Aufklärungsarbeit und die Schulung von Einsatzkräften. Für Studien sind rund 1,3 Millionen Euro vorgesehen. EU-Kommissionsvizepräsident Franco Frattini, zuständig für Justiz, Freiheit und Sicherheit, betonte: „Diese Maßnahmen werden die Europäische Union in die Lage versetzen, Terroranschläge zu verhindern und wirksamer zu reagieren.“

- <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/400&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
- http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/terrorism/fsj_terrorism_intro_en.htm

Humanitäre Hilfe für Dürreopfer in Afghanistan

Zweieinhalb Millionen Euro als Soforthilfe hat die EU-Kommission für die unter einer schweren Dürre leidende Bevölkerung in Afghanistan zur Verfügung gestellt. Mit den Geldern soll die Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung verbessert werden. Im Zentrum der Hilfeleistungen stehen besonders bedürftige Menschen und Personen mit körperlichen Behinderungen. Wenig Schnee im vergangenen Winter und Regenmangel im Frühjahr haben in weiten Teilen des Landes eine schwere Dürre verursacht. Der akute Nahrungsmittel- und Wassermangel soll mit Arbeitsplatz schaffenden Aktionen wie „Bargeld gegen Arbeit“ und „Nahrungsmittel gegen Arbeit“ angegangen werden. Auch die Instandsetzung von Bewässerungssystemen und anderen Infrastruktureinrichtungen ist geplant, um Auswirkungen einer nächsten Dürre zu begrenzen. In den Gebieten, wo die Not am größten ist, werden Nahrungsmittel direkt an die Bevölkerung verteilt.

- http://ec.europa.eu/echo/field/afghanistan/index_en.htm

Internet: für freien Zugang, gegen jede Zensur

Die Möglichkeit, weltweit zu kommunizieren, ist einer der positiven Effekte der Globalisierung. Das Internet kann aber nur dann als Triebfeder für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung fungieren, wenn Meinungsfreiheit und freier Zugang zu Informationen gesichert sind. Das sagte die für Informationsgesellschaft und Medien zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding bei der Eröffnung der ersten Tagung des Forums für die Internetverwaltung (IGF) in Athen. Reding weiter: „Deshalb fordert die Europäische Kommission die Regierungen und die Industrie in der ganzen Welt auf, weder öffentliche Einschränkungen des Internetzugangs noch irgendeine Form der Zensur im Internet zu dulden.“ Die EU setzt sich besonders für die Verbreitung des Internets in der Dritten Welt ein. Dafür hat sie bereits zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen, die zum Beispiel Internettechnologie und -infrastruktur sowie Dialoge mit anderen Regionen der Welt fördern sollen.

- http://europa.eu.int/information_society/policy/internet_gov/index_en.htm

Kyoto-Ziele: Mehr Anstrengungen gefordert

Wenn sie nicht zusätzliche Anstrengungen unternehmen, werden die EU-Mitgliedsländer ihre selbst gesetzten Kyoto-Ziele knapp verfehlen. Das geht aus dem jährlichen Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte bei der Verringerung der CO₂-Emissionen hervor. Im Kyoto-Protokoll hatte sich die EU-15 verpflichtet, die Gesamtemissionen im Zeitraum 2008 bis 2012 um acht Prozent gegenüber den Werten von 1990 zu senken. Deutschland ist eine Reduktionsverpflichtung von 21 Prozent eingegangen, würde mit den bisherigen Maßnahmen seine CO₂-Emissionen im Jahre 2010 aber nur um 19,8 Prozent gesenkt haben. Mit zusätzlichen Anstrengungen, so der Bericht, könne Deutschland sein Ziel jedoch 2010 erreichen. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas sagte: „Diejenigen, die noch nicht auf dem richtigen Weg sind, müssen ihre Ziele mit Nachdruck verfolgen und nötigenfalls weitere nationale Maßnahmen zur Emissionsreduzierung ergreifen.“

- <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1488&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
- http://ec.europa.eu/environment/climat/home_en.htm

KOMMISSIONSVERTRETUNG MIT NEUER WEBSITE

Aktueller, übersichtlicher, einheitlicher

Europa ist auch im World Wide Web ein Stück enger zusammen gerückt. Das Internetangebot der deutschen Vertretung der EU-Kommission ist seit dem Neustart vor einer Woche nicht nur aktueller, übersichtlicher und inhaltlich klarer gegliedert; es wurde auch dem Erscheinungsbild der Websites aller anderen Mitgliedstaaten angepasst. Außer Deutschland haben bisher Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Portugal, Slowenien, Spanien sowie das Vereinigte Königreich das Layout und bestimmte Strukturelemente auf den neuen EU-Standard umgestellt. Darüber hinaus ist die Verlinkung zu anderen EU-Websites, beispielsweise zum Portal der EU-Kommission, zu Eurostat oder zum Europa-Newsletter, verbessert. Außerdem ermöglicht es die neue Technik, zu verfolgen,



welche der Seiten und Rubriken mehr und welche weniger genutzt werden.

Auch Sie können das neue Internetangebot der Kommissionsvertretung demnächst direkt beurteilen: Im Dezember finden Sie in einer Ausgabe der EU-Nachrichten einen Fragebogen, durch den Sie uns mitteilen können, was Ihnen zusagt und was Ihnen nicht gefällt.

SIMEP

Schüler simulieren Sitzung des Europaparlaments

Was hat Vorrang: Verbraucher oder Wirtschaft? Hart prallen die unterschiedlichen Positionen der Fraktionen aufeinander. Es geht um die europäische Chemikalienrichtlinie REACH. Kein einfaches Thema. Änderungsantrag, Gegenantrag, Wortmeldung zur Geschäftsführung, Abstimmung.

160 Schülerinnen und Schüler drückten am Montag die Bänke im Berliner Abgeordnetenhaus. Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) heißt die Übung, die nun schon zum 8. Mal von der „Jungen Europäischen Bewegung“ organisiert wurde. Auf der Tagesordnung standen die europäische Nachbarschaftspolitik, die Energiesicherheit und das Chemierecht. Vielen Teilnehmern wurde erst hier klar, dass es einen Unterschied macht, links oder rechts im Parlament zu sitzen. Die sozialdemokratische Fraktion diskutierte hart über die Nachbarschaftspolitik, bei den Konservativen krachte es beim Thema Energie: Sechs der konservativen „Abgeordneten“ traten sogar aus. Vor der Schlussabstimmung sprach noch einer, der sich mit realer europäischer Politik gut auskennt: Peter Altmaier, parlamentarischer Staatsse-

retär im Bundesinnenministerium, früher Beamter bei der Europäischen Kommission. Echte Parlamentarier halfen den Tag über aus. Die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann (21), seit dem 26. Oktober im Berliner Parlament, beriet die Schüler-Fraktion der europäischen Grünen; Sylvia-Yvonne Kaufmann, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, stand den Abgeordneten der fiktiven linken Fraktion zur Seite. Unterstützt wurden die Schüler an beiden Tagen außerdem von mehr als 40 Betreuern, ein Großteil davon ehemalige SIMEP-Abgeordnete.

→ www.simep.de

ZITAT DER WOCHE

»Auf dem Energiesektor braucht Russland Europa genauso dringend, wie Europa Russland braucht. Die Energielieferungen, die Europa in Russland kauft, sind der Schlüssel für die Wiederbelebung der russischen Wirtschaft – und in Europa bringen sie das ökonomische Wachstum voran.«

Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Energie, in einer Rede anlässlich der „Internationalen Energie Woche“ in Moskau.

Forum tagte in Brüssel

Die demografische Zeitbombe entschärfen

„Künftig müssen wir Politik durch die Demografie-Brille betrachten.“ Damit brachte Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, das Ergebnis eines Forums zum demografischen Wandel auf den Punkt. In Brüssel erörterten am Montag und Dienstag 400 Vertreter der Mitgliedstaaten und Experten aus ganz Europa, was getan werden soll, um den Herausforderungen einer schrumpfenden Erwerbs- und einer alternden Gesamtbevölkerung zu begegnen.

Das Problem ist seit Jahren bekannt: Die Geburtenrate in Europa liegt zu niedrig, die Lebenserwartung steigt. Das Forum zum demografischen Wandel präsentierte Ansätze, wie die „demografische Zeitbombe“ entschärft werden könnte. Deutschland fördert unter anderem Forschungen auf dem expandierenden Markt für altersbezogene Produkte. Bei der Forschungsgruppe Senitha der Technischen Universität Berlin drücken Senioren Knöpfe von Fernbedienungen und Handys, setzen Bauteile für Möbel zusammen oder versuchen, anhand der Bedienungsanleitung einen DVD-Recorder zu verstehen.

Politik muss sich der Demografie anpassen

Dabei ist für die EU-Kommission die gesteigerte Lebenserwartung gar nicht so problematisch. Gefährlich, so die Analyse, ist die Unfähigkeit der derzeitigen Politik, sich an die veränderte demografische Lage anzupassen. Schwer tun sich auch die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger selbst, ihre Erwartungen und Einstellungen, insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, zu ändern. „Staatliche Maßnahmen müssen sich an die neuen demografischen Gegebenheiten anpassen“, forderte deshalb EU-Kommissar Špidla. Die ersten Schritte in diese Richtung sind durchaus ermutigend: Die Reform der Rentenversicherung beginnt, Früchte zu tragen; bessere Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, haben dazu geführt, dass in einzelnen Regionen mehr Kinder geboren werden; die Integration von Einwanderern kann die Sozialsysteme stabilisieren. Doch das Zeitfenster für ein wirkliches Umdenken bleibt eng. In zehn Jahren erreicht die Generation der „Babyboomer“ das Rentenalter. Das ist die zahlenmäßig starke Generation der 1945 bis 1955 Geborenen. Die Schere öffnet sich dramatisch: Die Bevölkerung im

arbeitsfähigen Alter nimmt ab. Die altersbezogenen Ausgaben steigen massiv an. Trotzdem stimmt die Kommission nicht in den allenthalben erklingenden Cassandra-Gesang ein, wonach der Untergang des alten Kontinents unmittelbar bevor steht. Sie verspricht sich von fünf Gegenstrategien einiges an Wirkung:

- Ein Europa, das die demografische Erneuerung begünstigt: Frankreich und die skandinavischen Staaten sind hier beispielhaft.
- Ein Europa, das die Arbeit aufwertet: weg von einer Politik, die zum vorzeitigen Verlassen des Arbeitslebens auffordert, hin zu lebenslangem Lernen und einem Verbot der Altersdiskriminierung.
- Ein produktiveres und leistungsfähigeres Europa: Der Kontinent als Vorreiter bei der Eroberung neuer Märkte für Güter und Dienstleistungen, die den Bedürfnissen älterer Kunden angepasst sind. Immerhin altert auch die Population von Schwellenländern wie Indien und China.
- Ein Europa, das auf die Integration von Migranten vorbereitet ist: In den nächsten 15 bis 20 Jahren kommt auf Europa eine neue Immigrationswelle zu. Sie wird und muss den Bedarf an Arbeitskräften decken, die in Europa fehlen werden. Noch ist die Migrationspolitik der Einzelstaaten aber sehr uneinheitlich: Sozialsysteme müssen sich diesem Wandel anpassen und die Einwanderer integrieren.
- Ein Europa mit gesunden öffentlichen Finanzen. Laut Prognosen der EU-Kommission werden die meisten Mitgliedstaaten die Soziallasten aus den Renten- und Gesundheitssystemen nicht schultern können. Auswege lägen in der Stärkung der privaten Vorsorge, des Systems der Betriebsrenten und in einer höheren Beschäftigungsquote, also in mehr Beitragszahlern.

Alle diese Strategien fallen letzten Endes in den Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten. Damit der Reformwille nicht erlahmt, beabsichtigt die EU-Kommission, alle zwei Jahre ein solches Forum zu organisieren. Es soll ähnliche Veranstaltungen und Debatten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene anregen. Die demografische Herausforderung braucht nicht nur einen langen Atem, sondern auch viel Vertrauen – in die Zukunft.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1490&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

NACHGEFRAGT

Eine ältere Bevölkerung kann auch zum Wettbewerbsvorsprung werden

Interview mit EU-Kommissar Vladimír Špidla



Sie sprechen von „Herausforderung und Chance“ bei der demografischen Entwicklung in Europa. Dass diese eine Herausforderung ist, darin besteht Konsens. Worin sehen Sie die Chance?

Zunächst einmal stellt die Baby-Boom-Generation ein enormes Potential dar. Diese Jahrgänge gehören noch lange nicht zum sprichwörtlichen „alten Eisen“. Wir zählen dazu Millionen Menschen mit einem hohen Ausbildungsniveau, die zum größten Teil bei bester Gesundheit sind. Ihre aktive Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Leben wird darüber entscheiden, wie gut wir in den nächsten 20 Jahren den demografischen Wandel bewältigen können. Eine weitere Chance liegt in dem Kaufkraftpotential älterer Menschen. Daraus können sich Märkte für viele neue Produkte entwickeln, die den spezifischen Bedürfnissen von Senioren gerecht werden. Nicht zu Unrecht spricht man von der „Silberwirtschaft“. Und da die Zahl der älteren Menschen nicht nur in Europa zunehmen wird, eröffnen sich hier möglicherweise auch gute Exportmöglichkeiten. Die Tatsache, dass die Bevölkerungsalterung in Europa früher anfängt als in anderen Weltregionen kann uns einen Wettbewerbsvorsprung geben. Unsere Unternehmen müssen ihn allerdings zu nützen wissen.

Junge Familien wünschen sich laut Umfragen mehr Kinder. Woran liegt es, dass sie diesen Wunsch nicht Realität werden lassen?

Die Faktoren hierfür sind – wie wir wissen – vielfältig. Kinder sind mit hohen Kosten verbunden, vor allem, wenn einer der Partner Beruf und Karriere aufgeben muss, weil es keine geeigneten Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Wirtschaftliche Unsicherheit kann auch dazu führen, dass Frauen und Männer nicht die Verantwortung einer Familiengründung übernehmen. Viele warten lange, bis sie den Kinderwunsch realisieren: auf den Studienabschluss, auf den festen Job oder auch, weil sie sicher sein wollen, dass die Partnerschaft solide ist. In manchen Fällen wird dann ein Alter erreicht, in dem es schwieriger wird, Kinder zu bekommen. Die Kommission verfolgt aber ausdrücklich keine Geburtenpolitik. Sie hat nicht die Absicht, in die persönlichen Entscheidungen der Frauen in unserer Gesellschaft einzugreifen. Sie ist vielmehr darum besorgt, dass wir ausreichend in die Zukunft unserer Gesellschaften investieren – und das heißt: in die Lebensqualität der Kinder, der Jugendlichen und ihrer Familien.

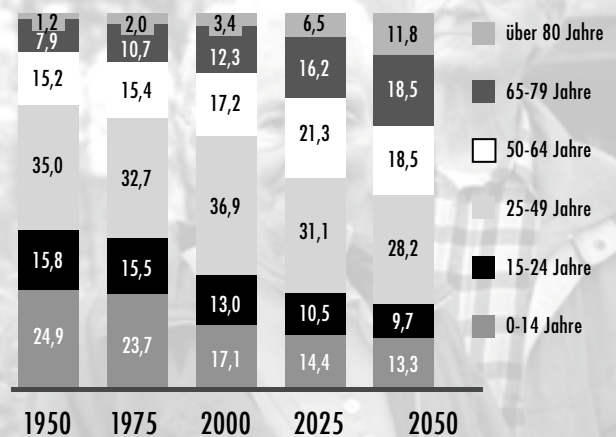
Sie sprechen von „aktivem Altern“ – wie kann es gelingen, die älteren Menschen sinnvoll in die Gesellschaft einzubinden, wenn schon jetzt die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist?

Jüngere und ältere Arbeitnehmer sind nicht notwendigerweise Konkurrenten. Längerfristig gesehen führt ein größeres Arbeitskräfteangebot zu mehr Beschäftigung, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Wir sehen gute Beispiele dafür in einer Reihe von Ländern, auch in der EU. Wenn wir qualifizierte ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt drängen, berauben wir unsere Unternehmen der Chance, weiter zu wachsen.

Künftig wird es für Unternehmen immer wichtiger, auch ältere Arbeitnehmer zu halten und zu umwerben. Aber wir müssen natürlich dafür sorgen, dass die Qualifikationen älterer Arbeitnehmer den Anforderungen angepasst werden und dass die Arbeitsbedingungen nicht zu Gesundheitsproblemen führen. Die EU-Beschäftigungsstrategie und die Antidiskriminierungsrichtlinie der EU tragen zu einer umfassenden Strategie aktiven Alterns bei.

JEDER ZWEITE EU-BÜRGER IST 2050 ÜBER 50 JAHRE ALT

Aufteilung der Bevölkerung in der EU25 nach Altersgruppen (Entwicklung 1950 bis 2050, in Prozent)



Quelle: UN Weltbevölkerungsprognose 2002, Eurostat 2004

Berlin statt Brüssel

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft als Thema der Medien

2007 findet Europapolitik maßgeblich in Deutschland statt. Für die Medien könnte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sechs Monate lang ein guter Grund sein, intensiv über EU-Themen zu berichten. Doch Redakteure, die über die Themenwahl entscheiden, tun sich mit der EU schwer. Ihr Argument, Brüssel sei weit weg, gilt spätestens dann nicht mehr, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel im November in Berlin die Schwerpunkte ihrer Ratspräsidentschaft vorstellt.

In deutschen Redaktionen wird die Europäische Union überwiegend als Auslandsthema wahrgenommen. Im Vergleich zur Innenpolitik steht den Korrespondenten und Presseagenturen für Nachrichten aus dem „Rest der Welt“ jedoch traditionell wenig Raum zu Verfügung. EU-Themen werden vor allem mit Brüssel oder mit dem Europaparlament in Straßburg assoziiert.

Das wird im ersten Halbjahr 2007 anders sein. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird für zahlreiche Journalisten im gesamten Bundesgebiet Anlass sein, sich - unter Umständen erstmalig - mit EU-Themen näher zu beschäftigen. Die informellen Ministertreffen in Berlin und anderswo in Deutschland verleihen EU-Themen für die Heimat-Medien einen eindeutigen regionalen Bezug, der häufig nicht gesehen wird, wenn die gleiche Thematik in Brüssel oder Straßburg behandelt wird.



Foto: EU-Kommission

Am Sitz der EU-Kommission in Brüssel sind Medienvertreter in großer Zahl präsent. Doch bis zu den regionalen Medien dringen EU-Themen nur selten durch.

Auch für die Hauptstadtbüros ist die deutsche EU-Ratspräsidentschaft erst einmal eine Herausforderung. Denn bisher haben sie ein Eurothema - mit Zeitverzögerung - meist erst dann wahrgenommen, wenn es über die Presseagenturen lief oder das eigene Bundesland betraf.

Auf europäischer Ebene getroffene Entscheidungen haben Einfluss auf den Alltag der Bürger. Darüber herrscht mittlerweile Konsens, zum Beispiel wenn sich Journalisten bei Workshops darüber Gedanken machen, wie die Medien dem Thema Europa in der Berichterstattung breiteren Raum verschaffen könnten. Knackpunkt aber ist, wie EU-Themen von den Heimatredaktionen aufgegriffen und den Lesern, Hörern oder Zuschauern verständlich gemacht werden können.

Das Grundwissen von Journalisten über Europa stärken

Einfache Rezepte dazu gibt es nicht. Auch die Volontäre und Jungredakteure verschiedener Regionalzeitungen haben sie nicht gefunden, als sie an einem Seminar des Ernst-Bloch-Zentrums in Ludwigshafen teilnahmen, das unter anderem von der deutschen Vertretung der EU-Kommission unterstützt wurde. Die erste Hürde ist die eigene Unkenntnis: EU-Politik war in der Schule ein Randthema, und auch während des Studiums konnten die wenigsten ihr Wissen über Europa erweitern. Diese Hürde müssen Journalistinnen und Journalisten selbst nehmen. Ist der Blick erst einmal geschärft, lassen sich im Rahmen der üblichen Berichterstattung kontinuierlich EU-Themen entdecken, die ansonsten durchs Raster gefallen wären.

Die deutsche Ratspräsidentschaft wird einige Vorlagen liefern für eine breitere Inlandsberichterstattung über EU-Themen. Denn die Agenda wird in Berlin geschrieben. Zahlreiche Minister aus den 25 EU-Mitgliedstaaten werden sich zwischen Januar und Juni regelmäßig in Deutschland treffen, um unter dem Vorsitz eines Mitglieds der Bundesregierung die Fragen zu erörtern, die in den kommenden Jahren für die EU und ihre Bürger relevant sein werden. Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission werden die Medienvertreter in ihrer Berichterstattung über die deutsche Ratspräsidentschaft unterstützen. Auch die Deutsche Presseagentur (dpa) hat bereits angekündigt, dass sie sich dem Thema nachhaltig widmen wird.

AUSSCHREIBUNGEN

JUGEND IN AKTION

Details Junge Menschen zwischen 15 und 28 Jahren können sich an dem neuen EU-Programm „Jugend in Aktion“ beteiligen. Bei einer Laufzeit von 2007 bis 2013 ist es mit einem Budget von 885 Millionen Euro ausgestattet. Das Programm unterstützt Aktionen auf fünf Feldern: Jugend für Europa, Europäischer Freiwilligendienst, Jugend in der Welt, Austausch von Jugendbetreuern und Förderung der politischen Zusammenarbeit.

Weitere Informationen

→ http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/newprog/index_de.html

FÖRDERUNG FÜR FILMFESTSPIELE

Details Im Rahmen ihres Programms „Media 2007“ unterstützt die EU-Kommission Veranstalter von Filmfestspielen in Europa mit bis zu 50 Prozent der förderfähigen Projektkosten. Voraussetzung ist, dass die Veranstalter wenigstens 70 Prozent europäische Produktionen zeigen und Projekte aus dem Mediaprogramm angemessen berücksichtigen. Die Termine für Veranstaltungen müssen zwischen dem 1.6. und dem 31.10. 2007 liegen.

Einreichungsfrist 1.12.2006

Weitere Informationen

→ http://ec.europa.eu/comm/avpolicy/media/festiv_en.html

JOURNALISTENSEMINAR

EUROPA VOR ORT

Ob Bürgermeister, Apotheker oder Schornsteinfeger – für sie alle spielt Europapolitik eine wichtige Rolle. Zwei Drittel aller Rechtsakte der Europäischen Union haben mittelbar oder unmittelbar Auswirkungen auf die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger. Ein Grund mehr für Regional- und Lokaljournalisten, das Thema Europa stärker in den Blick zu nehmen. Die regionale Vertretung der EU-Kommission in Bonn bietet dazu zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ein Seminar an.

Zeit 10.11.2006 (12.00 Uhr bis 16.00 Uhr)

Ort Landtag Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel: 0228-530 09 26, Fax: 0228-530 09 50,
E-Mail: steffen.schulz@ec.europa.eu

AKTUELL

DEUTSCHE TV-PRODUKTIONEN VORN

17 europäische TV-Koproduktionen hat die EU-Kommission mit einer Gesamtsumme von rund drei Millionen Euro zwischen Mitte 2005 und Mitte 2006 unterstützt.

Deutschland liegt mit fünf Projekten und einer Gesamt-fördersumme von 788.000 Euro an erster Stelle der Förderempfänger.

Das Dokumentarfilmprojekt, „The Great Radio War“ der Firma Tangram Christian Bauer Filmproduktion aus München erhielt 76.000 Euro, das Spielfilmprojekt „Towering Inferno“ der Wiedemann & Berg Filmproduktion 400.000 Euro. Die Ottonia Media aus Leipzig bekam für ihren Dokumentarfilm „Hitlers Museum“ 62.000 Euro, die Looks Film + TV GmbH für den Dokumentarfilm „Life under Napoleon“ 150.000 Euro. Weitere 100.000 Euro gingen an die Hamburger Firma Vidicom Medienproduktion für das Projekt „Calling All Aliens“.

Weitere Informationen

→ <http://www.mediadesk.de/Start.htm>

NEUERSCHEINUNG: MYTHEN UND FAKTEN



Kann die EU noch weitere Mitglieder verkräften? Herrscht in den Balkanländern für einen Beitritt zu hohe Kriminalität? Hat die Erweiterung zu Standortverlagerungen und Firmenabwanderungen geführt? Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt eine neue Broschüre der EU-Kommission (Generaldirektion Er-

weiterung). „Mythen und Fakten über die Erweiterung“ ist erhältlich beim Amt für Veröffentlichungen (E-Mail: elarg-02@ec.europa.eu) Die Broschüre kann über die folgende Website heruntergeladen werden.

Weitere Informationen

→ http://ec.europa.eu/enlargement/questions_and_answers/myths_de.htm

Alle Angaben ohne Gewähr

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

7-8.11.2006

Markos Kyprianou, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, nimmt gemeinsam mit Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer am Kongress für „Lebensmittel & Ernährung der Zukunft“ in **Berlin** teil.

TERMINVORSCHAU BIS 11.11.2006

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
6.11.2006 18.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Wie fördert die EU Demokratie und Menschenrechte? “, u.a. mit Marianne Heuwagen (Human Rights Watch), Volker Beck (MdB), Peter von Bethlenfalvy (Internationale Organisation für Migration) Veranstalter: EU-Kommission Deutschland, Europa-Union Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Maren Günther Tel: 030-303 62 01 50 lv.berlin@europa-union.de
6.11.2006 16.00 Uhr	Tagung „ Das Kaliningrader Gebiet zwei Jahre nach der EU-Osterweiterung “ u.a. mit Dr. Guido Herz (Generalkonsul in Kaliningrad), Peter Wunsch (Deutsch-Russisches Haus) Veranstalter: Deutsches Kulturforum Östliches Europa, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde	Vertretung des Landes Brandenburg In den Ministergärten 1 10117 Berlin	www.kulturforum.info
8.11.2006 10.00 Uhr	„ Europa vor Ort – Wissenswertes über die Europäische Union “, Seminar für Journalisten Veranstalter: Staatskanzlei Brandenburg, EU-Kommission Deutschland	Staatskanzlei Brandenburg Heinrich-Mann-Allee 10 14480 Potsdam	Tel: 0331- 866 12 26 Guenter.Wignanek@stk.brandenburg.de
8.11.2006 17.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Arbeitsmarkt Europa “, u.a. mit Dieter Althaus (Ministerpräsident Thüringen), Gerhard Sabathil (EU-Kommission Deutschland) Veranstalter: Heinz-Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa	Europäisches Informations-Zentrum Regierungsstraße 73 99084 Erfurt	Tel: 030-28 09 51 50
9.11.2006 19.00 Uhr	Vortrag „ Auf dem Wege zu einer Energie Außenpolitik “ – Ziele und Perspektiven Deutschlands und der EU, mit Dr. Frank Umbach (DGAP Programm Asien-Pazifik) Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	Haus der Geschichte Willy-Brandt-Allee 14 53113 Bonn	Anmeldung unter: dgap.bonn@t-online.de
9.-10.11.2006	Seminar „ Europa – mitbestimmt “, Schwerpunkte: Grundlagen der EU-Gesetzgebung und Rechtsetzung, mit Holger Michael Arndt (Team Europe der EU-Kommission) Veranstalter: European School of Governance	Palais am Festungsgraben Am Festungsgraben 1 10117 Berlin	Frau Karbstein Tel: 030-206 16 24 57 Teilnahmegebühr: 390 Euro
9.11.2006 19.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Europa – Architektur der Erweiterung “, Bilanz zwei Jahre nach der größten Erweiterung in der Geschichte der EU, u.a. mit Adam Krzeminski (polnischer Schriftsteller) und Dr. André Brie (MdEP) Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung	Magnushaus Am Kupfergraben 7 10117 Berlin	Jochen Weichold Tel: 030-44 31 01 21
11.11.2006 10.30-16.00 Uhr	Seminar „ Europa – woher, wohin? “ – Werte und Finalität in der Europäischen Union, u.a. mit Prof. Dr. Manfred Landfester (Uni Gießen) Veranstalter: Europäisches Informationszentrum Niedersachsen	Best Western Hotel Am Papenberg Hermann-Rein-Straße 2 37075 Göttingen	Anmeldung unter Fax: 0511-120 88 89 <i>Alle Angaben ohne Gewähr</i>

IMPRESSUM

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Dr. Gerhard Sabathil (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@cec.eu.int • URL: www.eu-kommission.de
Vertretung in Bonn • Bertha-von-Suttner-Platz 2.4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0
Fax: 0228-530 09 50
Vertretung in München • Erhardstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0
Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Volker Thomas, Uwe Roth, Pierre Boom, Annette Conrath • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR • Bülowstr. 90
10783 Berlin • Tel: 030-21 99 66 16 • Fax: 030-21 99 61 42 • info@thomas-ppr.de • www.thomas-ppr.de
Herstellung:
Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Haftungsausschluss:
Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.